



Russlandanalysen

Inhalt

<i>Die neue Staatsduma – das Taschenparlament des Präsidenten. Margarete Wiest, München</i>	2
<i>Anhang: Tabellen und Diagramme zum Text</i>	4
<i>Kommentar: Demokratische Politik nach den Dumawahlen. Galina Michaleva, Moskau</i>	9
<i>Chronik vom 21. bis zum 28. Januar 2004</i>	11

Die neue Staatsduma – das Taschenparlament des Präsidenten

Von Margarete Wiest, München

Zusammenfassung

Knapp zwei Monate nach den Wahlen zeigt die neue Staatsduma ihr Gesicht. Die Kremlpartei „Einiges Russland“ verfügt über eine satte Zweidrittelmehrheit und hat fast alle Führungsstellen an sich gerissen. Damit sinkt das Unterhaus *de facto* zu einem „Einparteiparlament“ ohne nennenswerte Opposition herab und wird zum willfährigen Instrument des Präsidenten. Es bleibt abzuwarten, wie Putin diesen Machtgewinn nutzt – ob zur Marginalisierung des Parlaments und zum Aufbau eines autoritären Regimes oder zur Stärkung der Rolle des Parlaments als Partner der Regierung.

Die neue Staatsduma – das Taschenparlament des Präsidenten

Margarete Wiest, München

Parlament ohne Opposition: Zur Sitzverteilung in der Staatsduma

Das russische „Graben-Wahlsystem“, bei dem 225 Abgeordnete direkt nach dem Mehrheitswahlsystem und 225 über Listen nach dem Verhältniswahlsystem bestimmt werden, führt mitunter zu erstaunlichen Ergebnissen. So auch bei den Dumawahlen im Dezember 2003. Zwar erhielt die Kremlpartei „Einiges Russland“ nach den Parteilisten „nur“ 37,1% der Stimmen. Sie gewann jedoch 104 der 225 Direktwahlkreise und zog den Großteil der sogenannten „Unabhängigen“ auf ihre Seite.

Die Wanderbewegung der unabhängigen Abgeordneten wurde durch eine von der Kremlpartei initiierte Änderung der Geschäftsordnung stark begünstigt. Während bislang 35 Deputierte berechtigt waren, eine Abgeordnetengruppe mit Fraktionsstatus zu gründen, wurde die Mindestzahl nun für Abgeordnete deren Partei nicht über die 5%-Hürde gekommen ist, auf 55 angehoben. Auf diese Weise sollten vor allem die Kommunisten gehindert werden, ihnen nahe stehende Gruppen zu bilden – gewissermaßen Satelliten im Parlament. Zugleich bedeutete die Neuregelung aber auch das Aus für zentristische Deputiertengruppen wie „Regionen Russlands“ unter Führung Oleg Morosows oder „Volksdeputierte“ unter Leitung Gennadij Rajkows, die in der vergangenen Legislaturperiode zusammen mit der Kremlpartei eine Abstimmungsgemeinschaft gebildet hatten. Ihre Mitglieder wurden nun von der Superfraktion „Einiges Russland“ aufgesogen, die Ende Januar 304 Abgeordnete umfasste. Damit verfügt zum ersten Mal eine Partei allein über eine Mehrheit in der Staatsduma, und zwar sogleich über eine satte Zweidrittelmehrheit.

Die Kommunisten, die bislang zusammen mit der „Agrarindustriellen Gruppe“ stets über eine Sperrminorität von knapp einem Drittel der Sitze verfügt hatten, verloren diesen Sonderstatus und schmolzen zu einer vernachlässigbaren Randgruppe zusammen. Ihrer Fraktion gehören nur mehr 52 Deputierte an und ist damit nicht mehr in der Lage, die Agenda des Unterhauses zu (mitzu)bestimmen oder die Verabschiedung ihnen nicht genehmer Gesetze zu verhindern. Zudem ist die Partei nach dem Wahldebakel vom 7. Dezember in interne Machtkämpfe verstrickt. Die Kommunisten sind zur „unabhängigen“ Opposition degradiert – unabhängig in dem Sinne, dass „nichts mehr von ihnen abhängt“, wie die Zeitung „Kommersant-Vlast“ spottete.

Angesichts des katastrophalen Abschneidens der libe-

ralen Parteien „Union der Rechten Kräfte“ und Jabloko ist die Schwächung der Kommunisten geradezu verheerend. Denn nun fehlt jegliche nennenswerte Opposition im Parlament, da „Union der Rechten Kräfte“ und Jabloko mit 3,97% bzw. 4,3% an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten und in der Staatsduma nur mit insgesamt sechs direkt gewählten Abgeordneten vertreten sind. Der Versuch des unabhängigen Abgeordneten Wladimir Ryschkow, eine Abgeordnetengruppe namens „Union der demokratischen Kräfte“ zu bilden als Sammelbecken der demokratisch orientierten Abgeordneten, scheiterten an der neuen Mindestanforderung von 55 Mitgliedern. Die Teile der Wählerschaft, die demokratisch eingestellt sind, haben damit im Parlament keine Vertretung mehr.

Dagegen erzielten die national-patriotischen Kräfte deutliche Zugewinne. Die Partei LDPR unter ihrem Vorsitzenden Wladimir Schirinowskij erlebte mit 11,8% eine regelrechte Wiedergeburt und gelangte mit 36 Deputierten in die Duma. Als zweiter Wahlsieger gilt der Block „Heimat“ unter Führung Sergej Glasjews und Dmitrij Rogosins, der aus dem Stegreif 9,1% der Stimmen erreichte und mit seinen direkt gewählten Abgeordneten auf eine Fraktionsstärke von 38 Mitgliedern kommt. Beide Fraktionen können als kremlnah eingestuft werden. Die Partei Schirinowskij stimmte bekanntlich in der Vergangenheit stets für die Vorlagen der Exekutive. „Heimat“ wiederum könnte – so die Soziologin Olga Kryschtanowskaja – die Rolle einer „gelenkten Opposition“ übernehmen. In der Putinschen „gelenkten Demokratie“ vertritt „Heimat“ gewissermaßen die Stelle der Kommunisten und artikuliert – in den von der Präsidialverwaltung gesetzten Grenzen – das linke Protestpotential.

Die Kräfteverhältnisse in der Staatsduma verschaffen dem Präsidenten leichtes Spiel. Die neue zentristische Superfraktion „Einiges Russland“ kann jeden Beschluss allein durch die Kammer bringen. Die übrigen drei Fraktionen sind nur mehr dekoratives Beiwerk, das den Charakter der Staatsduma als „Einparteienparlament“ verschleiert. Falls der Kreml dennoch auf Abstimmungsgemeinschaften angewiesen sein sollte, kann er sich die nötigen Stimmen bei LDPR und „Heimat“ besorgen. Dass die liberalen Parteien nicht im Parlament vertreten sind, reduziert zwar die Manövrierfähigkeit der Präsidialadministration etwas. Der Einfluss der linken und rechten Nationalpatrioten wird dennoch angesichts der Zweidrittelmehrheit von „Einiges Russland“ beschränkt bleiben. Als einzige, jedoch machtlose Opposition fungieren die Kommunisten.

Einen Überblick über die Sitzverteilung in der Duma geben die Tabellen und Grafiken auf den Seiten 6 bis 7.

„The Winner Takes it All“

Die „Partei der Macht“ demonstrierte ihre Dominanz, als sie sich alle Führungsposten in der Duma aneignete. Bereits auf der ersten Sitzung am 29. Dezember 2003 wurde Boris Gyslow mit der überwältigenden Mehrheit von 352 Stimmen zum neuen Sprecher der Staatsduma gewählt. Damit ist zum ersten Mal der Fraktionsvorsitzende der Mehrheitspartei zugleich Sprecher des Unterhauses. Seine zwei Ersten Stellvertreter, Ljubow Sliska und Alexander Schukow, gehören ebenfalls „Einiges Russland“ an. Die „Partei der Macht“ stellt auch fünf der acht Stellvertretenden Parlamentsvorsitzenden. Die übrigen drei verteilen sich auf „Heimat“, LDPR und KPRF.

Um sich die vollständige Kontrolle über die Staatsduma zu sichern, veränderte die „Partei der Macht“ auch Zusammensetzung und Stimmrechte im kollektiven Leitungsgremium, dem „Rat der Staatsduma“. Der Rat trifft die wichtigsten (Vor)Entscheidungen. Beispielsweise stellt er die Tagesordnung der Plenarsitzungen auf, erstellt den Gesetzgebungsplan für die folgende Sitzungsperiode und entscheidet, welche Gesetzentwürfe von der Kammer behandelt werden. Die Vorsitzenden der Fraktionen (und Abgeordnetengruppen), deren Stimmen bislang im Rat Gewicht hatten, wurden ausgeschlossen. Jetzt gehören ihm nur mehr der Kammervorsitzende und seine Stellvertreter an, dazu die Vorsitzenden der Ausschüsse. Letztere verfügen aber nur über eine konsultative Stimme. Auf diese Weise wird die Führungsstruktur der Staatsduma einerseits hierarchisiert, andererseits – durch das Ausscheiden der Fraktionsführer – entpolitisiert. Zugleich gewinnt „Einiges Russland“ nach der neuen Regelung eine klare Führung im Rat. Auch die Ausschüsse sind völlig unter der Kontrolle der Mehrheitspartei. Trotz aller gegenteiligen Versprechungen vor der Wahl, stellt die „Partei der Macht“ alle Vorsitzenden der 29 Ausschüsse sowie deren erste Stellvertreter. (Sieh auch die Tabelle auf Seite 8)

Perspektiven des russischen Parlamentarismus

Das die formellen Spielregeln der Staatsduma so rücksichtslos den Bedürfnissen der Mehrheitspartei und damit des Kreml angepasst werden und dass durch die neuen Spielregeln die innerparlamentarische Demokratie geschwächt wird, zeigt den geringen Institutionalisierungsgrad der Staatsduma und das mangelhafte Demokratieverständnis der meisten Abgeordneten. Hier macht sich das Fehlen der liberalen Parteien negativ be-

merkbar, deren Abgeordnete in der Vergangenheit stets auf die Einhaltung formeller Regeln gepocht hatten.

Durch das Wahlergebnis und die innere Umstrukturierung verlor die Staatsduma weiter an Autonomie. Sie stellt keine eigenständige Abgeordnetenversammlung mehr dar, sondern ist ein Taschenparlament des Präsidenten. Die Entscheidungen der Staatsduma werden nicht von den Abgeordneten, sondern von der Partei „Einiges Russland“ und damit wiederum von der Präsidentschaftsadministration getroffen. Die einzige Funktion des Unterhauses wird in Zukunft darin bestehen, die von der Exekutive eingebrachten Gesetzentwürfe abzusegen. Als eigenständiger *Agenda Setter* wird es kaum in Erscheinung treten. Damit wird die ohnehin schwache Legitimität des Parlaments und damit der demokratischen Institutionen weiter beschädigt. Durch die Zweidrittelmehrheit im Unterhaus ändert sich zudem der Charakter des russischen Parlamentarismus. Da nun jedes aufschiebende Veto des Oberhauses überstimmt werden kann, stellt die Föderalversammlung *de facto* ein Einkammernparlament dar.

Parlament und politischer Prozess

Ob der Kreml von der Zweidrittelmehrheit Gebrauch macht, um die Verfassung zu ändern, bleibt abzuwarten. In nächster Zukunft ist dies – vor allem aus Rücksichtnahme auf das internationale Ansehen Putins – nicht zu erwarten. Dies könnte sich ändern, wenn der Präsidentschaftswahlkampf 2008 näher rückt. Doch einer Verfassungsänderung, etwa der Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten, müssten drei Viertel der Senatoren sowie zwei Drittel der Regionalparlamente zustimmen.

Eine andere Überlegung betrifft das Verhältnis von Parlament und Regierung. Da die „Partei der Macht“ in der Staatsduma nun die Mehrheit stellt, wäre die Bildung einer dem Parlament verantwortlichen Regierung möglich. Boris Gyslow mahnte diesen Schritt erst vor wenigen Tagen an. Eine solche Regierungsbildung stellt aber nur dann einen Fortschritt in der demokratischen Entwicklung Russlands dar, wenn zugleich das Parteiensystem konsolidiert und vor allem in der Gesellschaft verankert wird. Solange „Einiges Russland“ eine reine Kopfgeburt des Kreml bleibt, wird eine mögliche Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament wenig reale Bedeutung haben.

Die Mehrheitsverhältnisse in der Staatsduma und ihre Abhängigkeit von der Präsidentschaftsadministration sollten aber nicht darüber hinweg täuschen, dass es im Unterhaus sehr wohl pluralistische Elemente gibt. Nur sind diese verdeckt, formieren sich entlang informeller

Kanäle und überlagern die Fraktionsstruktur. Beispielsweise vertreten 44% der Abgeordneten Wirtschaftsinteressen. Daneben sind auch die regionalen politischen Eliten und die Sicherheitsstrukturen in der Staatsduma präsent. Die Superfraktion „Einiges Russland“ stellt keinen monolithischen Block dar. Hinter den Kulissen kämpfen die unterschiedlichen Kremlclans um Einfluss.

Wie die politischen Kräfteverhältnisse im Unterhaus wirklich aussehen, wird sich bei der Abstimmung über die anstehenden Schlüsselreformen, beispielsweise der Restrukturierung des Elektrizitätssektors oder der Erhöhung der Steuerlast für die Erdölindustrie, zeigen.

Redaktion: Hans-Henning Schröder

Über die Autorin

Dr. Margarete Wiest ist Lehrbeauftragte an den Universitäten München und Regensburg.

Lesetipps:

E. Bos; M. Mommsen; S.v. Steinsdorff (Hrsg.): Das russische Parlament. Schule der Demokratie?, Opladen: Leske + Budrich 2003, 295 S.

W. Ismayr (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen: Leske + Budrich 2002 (= UTB 8186), 916 S.

Anhang: Tabellen und Diagramme zum Text

Endergebnis der Dumawahlen am 7.12.2003

(Listenwahl, föderaler Wahlkreis)

Nr.	Wahlprotokoll. Zeilen	<i>Russische Föderation</i>	
		<i>absolut</i>	<i>in %</i>
1	In die Wahlliste eingetragene Wahlberechtigte	108.906.244	
2	An die Wahllokale ausgegebene Stimmzettel	105.287.865	
3	An die Wähler vorzeitig ausgegebene Stimmzettel	74.182	
4	An die Wähler am Tag der Wahl im Wahllokal ausgegebene Stimmzettel	57.310.746	
5	An die Wähler am Tag der Wahl außerhalb des Wahllokals ausgegebene Stimmzettel	3.327.371	
6	Entwertete Stimmzettel	44.573.173	
7	Stimmzettel in beweglichen Urnen	3.392.631	
8	Stimmzettel in stationären Urnen	57.240.548	
9	Ungültige Stimmen	948.411	0,87%
10	Gültige Stimmen	59.684.768	54,80%
	Wahlbeteiligung	60.633.179	55,67%
11	Wahlscheine, die im Wahllokal abgegeben wurden	1.639.669	
12	Wahlscheine, die vor der Abstimmung vom Wahllokal abgegeben wurden	695.911	
13	Wähler, die im Wahllokal mit Wahlschein abstimmten	572.926	
14	Entwertete, nicht benutzte Wahlscheine	946.052	
15	Wahlscheine, die vor der Abstimmung von der territorialen Kommission abgegeben wurden	26.026	
16	Zahl der verlorenen Stimmzettel	3.108	
17	Zahl der bei der Annahme nicht registrierten Stimmzettel	715	

(Forts.): Endergebnis der Dumawahlen am 7.12.2003
(Parteien und Wahlblöcke, die eine föderale Kandidatenliste vorgelegt haben)

			<i>Zahl der Stimmen für jede föderale Liste</i>	
18	1.	Konzeptuelle Partei „Vereinigung“	710.538	1,17%
19	2.	Union der Rechten Kräfte (SPS)	2.408.356	3,97%
20	3.	Wahlblock „Russische Partei der Pensionäre und Partei der sozialen Gerechtigkeit“	1.874.739	3,09%
21	4.	Jabloko	2.609.823	4,30%
22	5.	„Für die heilige Rus“	298.795	0,49%
23	6.	Vereinigte Russische Partei „Rus“	147.423	0,24%
24	7.	Wahlblock „Neuer Kurs – Automobilisten Russlands“	509.241	0,84%
25	8.	Volksrepublikanische Partei Russland	80.416	0,13%
26	9.	Russische ökologische Partei „Die Grünen“	253.983	0,42%
27	10.	Agrarpartei Russlands	2.205.704	3,64%
28	11.	„Wahre Patrioten Russlands“	149.144	0,25%
29	12.	Volkspartei der Russischen Föderation	714.652	1,18%
30	13.	Demokratische Partei Russlands	136.294	0,22%
31	14.	Wahlblock „Großrussland – Eurasische Union“	170.786	0,28%
32	15.	Union der Menschen für Bildung und Wissenschaft	107.444	0,18%
33	16.	Wahlblock „Heimat“ (volkspatriotische Union)	5.469.556	9,02%
34	17.	Russische politische Partei für Frieden und Einheit	148.948	0,25%
35	18.	Liberaldemokratische Partei Russlands (LDPR)	6.943.885	11,45%
36	19.	Wahlblock „Partei der Wiedergeburt Russlands – russische Partei des Lebens“	1.140.333	1,88%
37	20.	Einiges Russland	22.779.279	37,57%
38	21.	Russische Konstitutionell-demokratische Partei	113.184	0,19%
39	22.	Entwicklung des Unternehmertums	212.825	0,35%
40	23.	Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF)	7.647.820	12,61%
41		Gegen alle	2.851.600	4,70%
		<i>Wahlbeteiligung (gültige+ungültige Stimmen)</i>	60.633.179	100,00%
		<i>in % der Wahlberechtigten</i>		55,67%

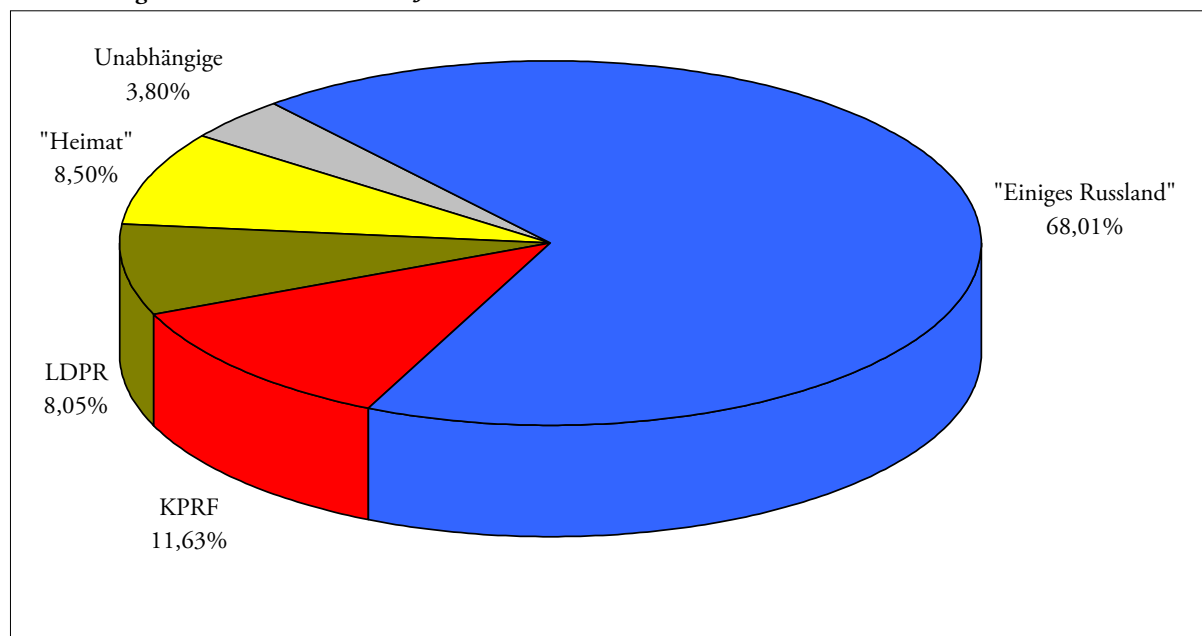
Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission <<http://gd2003.cikrf.ru/etc/vestnik2.xls>>

Sitzverteilung in der Duma 2004

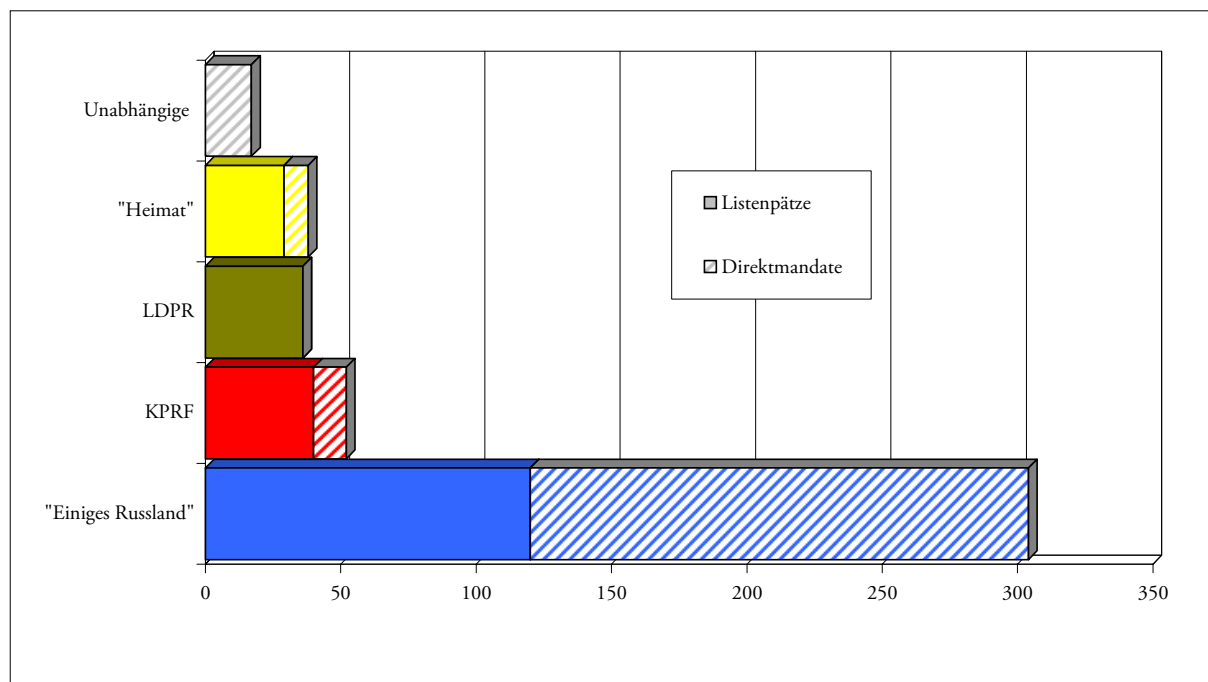
Fraktion	Abgeordnete nach Wahlergebnis (7. Dez. 2003)			Zusammensetzung der Fraktionen (Ende Jan. 2004)		
	Listenplätze	Direktmandate	Zusammen	Listenplätze	Direktmandate	Zusammen
Sitze nach Reglement	225	225	450	225	225	450
„Einiges Russland“	120	104	224	120	184	304
KPRF	40	12	52	40	12	52
LDPR	36		36	36		36
„Heimat“	29	8	37	29	9	38
Agarpartei		2	2			
Unternehmertum		1	1			
Neuer Kurs-Automobiles Russland		1	1			
Partei des Lebens		3	3			
Volkspartei		17	17			
Union der Rechten Kräfte		3	3			
Jabloko		4	4			
Unabhängige Abgeordnete		68	68		17	17
Zusammen	225	223	448	225	222	447
Nicht besetzt	0	2	2	0	3	3

Ermittelt nach den Angaben der Dumaseite <www.duma.gov.ru> und der Wahlseite bei RFE <www.rferl.org/specials/russianelection/>

Sitzverteilung in der Staatsduma, Ende Januar 2004



Fraktionen in der Staatsduma, Ende Januar 2004



Kräfteverschiebungen zwischen den Fraktionen 1999–2004

Fraktionen und Abgeordnetengruppen	Anzahl der Abgeordneten		in %		Status	
	1999–2003	2004	1999–2003	2004	1999–2003	2004
Einheit	83		18,4%		Fraktion	
Vaterland - Ganz Russland	51		11,3%		Fraktion	
Einheitliches Russland		304		67,6%		Fraktion
KPRF	82	52	18,2%	11,6%	Fraktion	Fraktion
LDPR	12	36	2,7%	8,0%	Fraktion	Fraktion
SPS	32		7,1%		Fraktion	
Jabloko	17		3,8%		Fraktion	
Heimat		38		8,4%		Fraktion
„Volksdeputierte“	56		12,4%		Gruppe	
„Agrarindustrielle Gruppe“	43		9,6%		Gruppe	
„Regionen Russlands“	47		10,4%		Gruppe	
Unabhängige Abgeordnete	23	17	5,1%	3,8%		
Zusammen	446	447	99,1%	99,3%		
Gesamtzahl laut Reglement	450	450	100,0%	100,0%		

Besetzung der Schlüsselposten in der Duma

<i>Funktion</i>	<i>Name</i>	<i>Partei</i>	
<i>Vorsitzender der Staatsduma</i>	Boris Gryslow	Einiges Russland	
<i>Erste stellvertretende Vorsitzende</i>	Alexander Schukow	Einiges Russland	
	Ljubow Sliska	Einiges Russland	
<i>Stellvertretende Vorsitzende</i>	Georgij Boos	Einiges Russland	
	Wjatscheslaw Wolodin	Einiges Russland	
	Wladimir Schirinowskij	LDPR	
	Valentin Kupzow	KPRF	
	Oleg Morosow	Einiges Russland	
	Wladimir Pechtint	Einiges Russland	
	Dmitrij Rogosin	Heimat	
	Arthur Tschilingarow	Einiges Russland	
<i>Vorsitzender der Beglaubigungs und Ethik-Kommission</i>	Gennadij Rajkow	Einiges Russland	
<i>Ausschufsvorsitzende</i>			
1	<i>Gesetzgebung</i>	Pawel Krascheninnikow	Einiges Russland
2	<i>Verfassung und Staat</i>	Wladimir Pligin	Einiges Russland
3	<i>Arbeit- und Sozialpolitik</i>	Andrej Isajew	Einiges Russland
4	<i>Budget und Steuern</i>	Jurij Wasiljew	Einiges Russland
5	<i>Kreditorganisationen und Finanzmarkt</i>	Wladislaw Resnik	Einiges Russland
6	<i>Wirtschaft, Unternehmertum und Tourismus</i>	Walerij Draganow	Einiges Russland
7	<i>Eigentum</i>	Viktor Pleskatschewskij	Einiges Russland
8	<i>Industrie und Technologie</i>	Martin Schakkum	Einiges Russland
9	<i>Energie, Transport, Kommunikation</i>	Walerij Jasew	Einiges Russland
10	<i>Verteidigung</i>	Viktor Sawarsin	Einiges Russland
11	<i>Sicherheit</i>	Wladimir Wasiljew	Einiges Russland
12	<i>Auswärtige Angelegenheiten</i>	Konstantin Kosatschjow	Einiges Russland
13	<i>GUS und Russen im Ausland</i>	Andrei Kokoschin	Einiges Russland
14	<i>Regionen</i>	Viktor Grischin	Einiges Russland
15	<i>Regionalverwaltung</i>	Wladimir Mokrij	Einiges Russland
16	<i>Dumaverwaltung</i>	Oleg Kowaljow	Einiges Russland
17	<i>Informationspolitik</i>	Walerij Komissarow	Einiges Russland
18	<i>Gesundheitswesen</i>	Tatjana Jakowlewa	Einiges Russland
19	<i>Bildung und Wissenschaft</i>	Nikolai Bulajew	Einiges Russland
20	<i>Frauen, Familien, Jugend</i>	Jekaterina Lachowa	Einiges Russland
21	<i>Landwirtschaft</i>	Gennadij Kulik	Einiges Russland
22	<i>Bodenschätze</i>	Natalja Komarowa	Einiges Russland
23	<i>Umweltschutz</i>	Wladimir Gratschjow	Einiges Russland
24	<i>Kultur</i>	Iosif Kobson	Einiges Russland
25	<i>Nationalitäten</i>	Jewgenij Trofimow	Einiges Russland
26	<i>Sport</i>	Wladimir Gorjunow	Einiges Russland
27	<i>Öffentliche und religiöse Organisationen</i>	Sergei Popow	Einiges Russland
28	<i>Norden und Fernost</i>	Valentina Piwnenko	Einiges Russland
29	<i>Veteranen</i>	Nikolai Kowaljow	Einiges Russland

Nach: <http://www.moscowtimes.ru/stories/2004/01/19/012.html>

Kommentar: Demokratische Politik nach den Dumawahlen

Von Galina Michaleva, Analytisches Zentrum der Partei „Jabloko“

Das Ergebnis der Dumawahlen

Die Dumawahlen 2003 haben ein Parlament geschaffen, das völlig unter der Kontrolle des Kremls steht. Dies ist das Ergebnis einer Wahlkampagne, die zugleich das Wesen des entstandenen politischen Regimes kenntlich macht – als das eines korrupten Polizeistaats, der demokratische Institutionen und Prozeduren durch Imitationen ersetzt. Die Siegerparteien sind keine Organisationen, die einen Dialog zwischen Gesellschaft und Staatsmacht gewährleisten, und sie übernehmen daher auch nicht die grundlegenden Funktionen einer Partei, nämlich die Vertretung der Interessen von verschiedenen sozialen Gruppen und die Formulierung von alternativen politischen Ideen.

„Einiges Russland“ ist eine bürokratische Organisation, die die „exekutive Vertikale“ der Bürokratie dupliziert, um Wählermehrheiten zu sichern. „Heimat“ ist ein PR-Projekt des Kremls, das erfolgreich die gleichmacherischen und die nationalistischen Stimmungen mobilisiert hat. Die Liberaldemokratische Partei (LDPR) ist eine Marionettenorganisation, die schon seit 1991 die radikal nationalistischen und Protestwähler mobilisiert und eine Oppositionspartei simuliert, bei zentralen Abstimmungen jedoch mit dem Kreml stimmt. Die einzige Ausnahme, die Kommunistische Partei mit 12,65% der Stimmen und 52 Sitzen, kann das Gesamtbild nicht ändern, da sie auf Abstimmungsergebnisse in der Duma keinen Einfluss mehr nehmen kann.

Da der Kreml über eine verfassungsändernde Mehrheit verfügt, ist dieses Parlament nicht nur ein Garant dafür, dass alle Gesetzesvorschläge von Seiten des Präsidenten und der Regierung verabschiedet werden, sondern – was sehr viel gefährlicher ist – es kann auch grundlegende Bestimmungen der Verfassung ändern. Es kann zum Beispiel die Amtsperiode des Präsidenten verlängern, die Bestimmung abschaffen, dass ein und dieselbe Person maximal nur für zwei Amtsperioden zum Präsidenten gewählt werden darf, es kann die Prinzipien des Föderalismus beschneiden, wie auch die regionale Selbstverwaltung oder sogar bürgerliche Rechte und Freiheiten.

Das völlige Fehlen von Gewaltenteilung, eines Systems von „checks and balances“, und von Kontrollmechanismen seitens der Bürger führen zu einer Unterhöhlung der Institution des Parlaments. Da es auch keine unabhängige Judikative und keine unabhängigen Massenmedien gibt, bedeutet das Fehlen von öffentlich diskutierten Alternativen zu dem von der Machtelite eingeschlagenen politischen Kurs einen weiteren Schritt in Richtung auf Stärkung des Autoritarismus. Der politische Entscheidungsprozess wird für die Bürger völlig undurchsichtig, die Möglichkeiten für Willkürentscheidungen werden erweitert. Die Gruppen, die ihre Positionen durch die Wahlen gestärkt haben, können mit minimalem Aufwand und großer Wirkung ihre Ziele verfolgen: die Umverteilung des Eigentums zu ihren Gunsten und die Konsolidierung der Macht.

Wie geht es weiter?

Gibt es im zukünftigen Russland noch einen Platz für liberale Parteien, die die Interessen der Bürger vertreten und verteidigen wollen? Den gibt es, und zwar so lange (oder falls) das autoritäre Regime nicht weiter gestärkt wird. Falls dies eintritt, bleibt nur ein Weg, der des zivilen Widerstandes, der Verteidigung der Menschenrechte und des Dissidententums.

Noch aber gibt es Wahlen, an denen die Bürger teilnehmen, Alternativen vorschlagen und auch ihre Bewertung der Politik kundtun können. Diese Möglichkeiten sind noch nicht ausgeschöpft. Solange ein erheblicher Anteil der Bürger an den Werten Freiheit und Demokratie nicht enttäuscht verzweifelt, haben auch demokratische Parteien eine Chance.

„Jabloko“ muss diese Chance jetzt nutzen, in erster Linie bei den bevorstehenden Regional- und Kommunalwahlen. Zum zweiten müssen die Strukturen und Arbeitsformen der Partei selbst geändert werden, die Anstrengungen zur Einwerbung neuer Mitgliedern müssen verstärkt werden. Eine noch schwierigere Aufgabe wird es sein, alle demokratischen Kräfte in einer breiten Koalition gegen die autoritären Entwicklungen zu vereinen, möglicherweise auch in neuen Parteistrukturen. Die ersten Schritte in dieser Richtung sind schon getan: es gibt einen vereinigten Rat von „Jabloko“ und „Union der Rechten Kräfte“, der jetzt vor allem eine gemeinsame Strategie für die Regionalwahlen erarbeiten muss.

Die Weigerung von „Jabloko“, einen Kandidaten für die Präsidentenwahlen zu stellen, ist ein bewusster und wohl überlegter Schritt. Unter den gegebenen Bedingungen werden diese Wahlen eine Farce sein. Außer Putin werden alle Teilnehmer die Rolle von Marionetten spielen, die das „Vertrauensreferendum für den Präsidenten“ legitimieren. Unter diesen Bedingungen können den anderen Kandidaten weder Geld noch Bekanntheit noch Parteistrukturen helfen. Denn selbst die Wahlbeteiligung und der Stimmenanteil, den sie erhalten werden, werden im Kreml bestimmt.

Nimmt man die Zahl derjenigen, die „Jabloko“ beitreten wollen, und die Appelle der Anhänger, so hat die Partei Chancen, in dieser für liberalen Parteien schweren Periode zu überleben. Die heutige Welt mit ihrer schnellen Entwicklung, der Globalisierung, der Informations- und Biotechnologie und dem Terrorismus stellt die herrschende Eliten in autoritären Regimen vor immer schwierigere Herausforderungen. Nur Demokratien mit ihrer inhärenten Stabilität und Flexibilität sind fähig, auf äußere und innere Herausforderungen adäquat zu antworten und allgemeinen Wohlstand zu schaffen. Genau deswegen werden die autoritären Tendenzen mittel- oder sogar kurzfristig unvermeidlich von einer neuen Welle der Demokratisierung abgelöst werden. Dann werden Parteien, die die Interessen der Bürger und nicht die der herrschenden Elite vertreten, gefordert sein.

Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann

Chronik vom 21. bis zum 28. Januar 2004

21.1.2004	Rafail Sainullin, Leiter der Kujbyshev-Raffinerie, die zum Jukos-Konzern gehört, wird in Samara verhaftet. Ihm wird Steuerhinterziehung vorgeworfen.
21.1.2004	„Interfax“ teilt mit, dass Leonid Newslin und Wladimir Dubow, Anteilseigner von Jukos, zur internationalen Fahndung ausgeschrieben sind. Damit läuft gegen die fünf größten Jukos-Aktionäre ein Strafverfahren. Michail Chodorowskij und Platon Lebedew befinden sich in Haft, Newslin, Dubow und Brudno werden gesucht. Sie halten sich angeblich in Israel auf.
21.1.2004	Auf einer Pressekonferenz der Öffentlichen Kommission zur Ermittlung der Umstände der Bombenanschläge auf Wohnanlagen in Moskau und Wolgodonsk im Herbst 1999 erklären Sergej Kowaljow, ehemaliger russischer Menschenrechtsbeauftragter, Valentin Gefter, Direktor des Institutes für Menschenrechte, und Shamil Arifulow, Anwalt eines der Verurteilten im „Bombenleger-Prozess“, dass die kürzlich in Moskau abgeschlossene Gerichtsverhandlung in dieser Sache zahlreiche Verfahrensfehler aufwies und dass die Schuld der Beklagten in einer Reihe von Anklagepunkten nicht bewiesen wurde.
22.1.2004	Die zentrale Wahlkommission verweigert Viktor Gerastschenko aus formalen Gründen die Registrierung als Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen.
23.1.2004	Staatsbesuch Putins in Kiew.
24.1.2004	Die Unternehmen „Itera“ und „Transafta“ kündigen an, dass sie russische Erdgaslieferungen nach Belarus einstellen werden. Nachdem Gazprom seine Lieferungen bereits am 1.1.2004 eingestellt hat, ist die Energieversorgung von Belarus nun bedroht. Bei den Streitigkeiten zwischen Belarus und den Erdgaslieferanten geht es um die Lieferpreise. Ob auf russischer Seite politische Motive eine Rolle spielen, ist unklar.
25.1.2004	Außenminister Igor Iwanow führt Gespräche in Tblissi.
25.1.2004	Erziehungsminister Filippow kündigt eine Durchsicht der Schulgeschichtsbücher an. Es ist geplant, eine Reihe von Schulbüchern für den allgemeinen Gebrauch auszuwählen. Diese sollen von „Pseudoliberalismus“ und „Verdrehungen der Geschichte“ frei sein.
26.1.2004	Parteitag der „Union der Rechten Kräfte“. Der Kongress beschließt, den regionalen Organisationen zwei Monate Zeit für die Diskussion der Reform der Partei und der politischen Strategie zu geben. Danach (im April 2004) soll ein außerordentlicher Kongress einberufen werden. Der Kongress beschließt ferner, Vorstandsmitglied Irina Chakamada nicht bei ihrer Präsidentschaftskandidatur zu unterstützen.
26.1.2004	Bei einem Treffen zwischen Putin und US-Außenministers Colin Powell betonen beide Seiten die guten Beziehungen zwischen ihren Ländern. In den Gesprächen werden bilaterale Fragen erörtert sowie die internationale Lage, insbesondere die Entwicklung im Irak. Powell formuliert auch seine Sorge über die Entwicklung der Demokratie in Russland.
27.1.2004	Präsident Putin nimmt in Sankt Petersburg an der Gedenkfeier anlässlich des 60. Jahrestages der Beendigung der Leningrader Blockade teil.
27.1.2004	Der stellvertretende Generalstaatsanwalt, Jurij Birjukow, teilt mit, dass neben drei Jukos-Managern (Newslin, Dubow und Brudno) auch sieben Leiter angeblicher Jukos-Scheinfirmen international zur Fahndung ausgeschrieben sind.
28.1.2004	Die Frist zur Einreichung der Kandidatenunterlagen für die Präsidentschaftswahlen läuft ab. Der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, Alexander Weshnjakow, teilt mit, dass Irina Chakamada, Mitglied des Vorstands von „Union der Rechten Kräfte“, und Sergej Glasjew, Mitglied des Vorstands der Partei „Heimat“, am letzten Tag noch ihre Unterschriftenlisten eingereicht haben. Die Listen von drei weiteren Kandidaten – Präsident Wladimir Putin, Sergej Mironow, dem Sprecher des Föderationsrates, und Iwan Rybkin, einem ehemaligen Dumasprecher – liegen bereits vor. Nikolaj Charitonow (KPRF) und Oleg Malyschhkin (LDPR) benötigen keine Unterschriften, da ihre Parteien in der Duma vertreten sind. Die Wahlkommission wird am 8. Februar bekannt geben, wer zur Wahl zugelassen wird.

Die Russlandanalysen werden gemeinsam von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wider.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit dem Herausgeber gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann

ISSN 1613-3390 © 2004 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>